

Rechtsausschuß
5. Sitzung

23.10.1985
ei-ro

Frau Abg. Rauterkus (SPD) möchte bezüglich des Stichwortes "Wirtschaftskriminalität" wissen, mit welchen Verordnungen und Verfügungen das Land Nordrhein-Westfalen das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, dessen Entwurf zur Zeit im Bundestag beraten werde, umsetzen wolle.

Ferner beurteile sie den in Zusammenarbeit mehrerer Ministerien herausgegebenen Runderlaß zur Verfolgung von Umweltstraftaten als sehr positiv und bitte den Minister, nach einem Jahr einen Zwischenbericht über die Anwendung dieses Runderlasses zu erstatten. - Der Minister sagt dies zu.

Abg. Ruppert (F.D.P.) schlägt vor, die von einer gemeinsamen Kommission der Justiz- und der Innenministerkonferenz erarbeiteten "Thesen zur Inanspruchnahme von Informanten und zum Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen) im Rahmen der Strafverfolgung" und die "Thesen zum Einsatz verdeckter Ermittler im Rahmen der Strafverfolgung" einmal im Ausschuß zu diskutieren. - Der Vorsitzende will hierfür Sorge tragen.

zu D III. Erforschung von Kriminalitätsursachen

Abg. Paus (CDU) bittet, die Berichte der Arbeitsgruppe "Kriminologischer Dienst" zur Verfügung zu stellen. - Minister Dr. Krumstiek sagt dies zu. - Der Vorsitzende wird das Thema zu gegebener Zeit auf die Tagesordnung setzen.

Die von Abg. Paus (CDU) gewünschten Ergebnisse des Forschungsprojektes "Effizienzkontrolle von sozialtherapeutischen Maßnahmen" vermag das Ministerium nach Auskunft von MDgt Dr. Altenhain noch nicht vorzulegen, da es sich um eine Langzeituntersuchung handle. Die Arbeiten seien erst vor etwa zwei Jahren aufgenommen worden.

zu D V. Vereinfachung und Beschleunigung von Strafverfahren

Abg. Ruppert (F.D.P.) bemerkt, die weitere Steigerung der Einstellungs- und Strafbefehlsquote dürfe nicht zu einem Verzicht auf Rechtsanwendung führen. - Der Justizminister und der Vorsitzende stimmen dem zu.